

Rede Michael Groß, MdB
Plenum, Mittwoch, 28.09. 2011, aktuelle Stunde, „A 100“

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Es steht fest, die Koalition nutzt die aktuelle Stunde für ein durchsichtiges Manöver. Sie betreiben weiter Wahlkampf und akzeptieren das Berliner Wahlergebnis nicht! Sie versuchen die Berliner Koalitionsgespräche zu beeinflussen, weil sie nicht die erste Wahl sind.

1992 taucht die A100 zum ersten mal im Bundesverkehrswegeplan auf und wurde in der aktuellen Bedarfsplanüberprüfung des Bundes als Maßnahme des vordringlichen Bedarfs bestätigt.

Es ist das einzige neue Bauprojekt – laut Presseaussagen - für das Land Berlin im Investitionsrahmenplan bis 2015. Falls es diesen Plan überhaupt gibt?! In der letzten Woche wurde seine Existenz durch den Parlamentarischen Staatssekretär vehement bestritten, obwohl die Presse daraus zitierte.

Nach verlorenen Wahlen für die Union, wie zum Beispiel in NRW, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, ist es ein deutlich erkennbares Muster, dass der Verkehrsminister Millionen für Verkehrsinfrastrukturprojekte streichen will.

Die Schlagzeile: „Bundesverkehrsminister Ramsauer droht mit Geldentzug“ wiederholt sich. So wundert es auch niemanden mehr, dass in Berlin sofort die Gelder für die A 100 gestrichen werden sollen. Dabei haben die Koalitionsverhandlungen von Rot-Grün noch nicht einmal offiziell begonnen. Sie streichen gern, wo Rot-Grün regiert. In NRW ist es der RRX, in Baden-Württemberg stehen gleich alle Verkehrsinfrastrukturprojekte auf dem Prüfstand und in Berlin sind es wichtige Infrastrukturmittel.

In Bayern wollen Sie 29 Bauvorhaben beginnen – in Berlin nur eines. Darf ich Sie daran erinnern, dass Herr Ramsauer Bundesminister ist! Sie sind bundesweit zuständig und sollten bundesweit die Verantwortung für die Verkehrsinfrastruktur übernehmen und bundespolitische Entscheidungen treffen.

Die Zuständigkeit des Bundesverkehrsministers für Koalitionsgespräche auf Landesebene ist mir bisher entgangen, aber ich bin ja erst seit dieser Legislatur dabei und lerne gerne dazu.

Was mir allerdings eindeutig fehlt, ist, dass der Bundesminister schlicht und ergreifend einfach Verantwortung übernimmt für sein Ressort. Der Verkehrsetat ist gnadenlos unterfinanziert. Bereits aus dem letzten Investitionsrahmenplan wurden 213 Maßnahmen nicht abgearbeitet.

Der Erhaltungsbedarf wird nur zu etwa 2 Drittel finanziert, Aus- und Neubau nur zur Hälfte. Mit ca. 130 Euro pro Einwohner Investitionen in das Straßennetz liegt Deutschland auf den hintersten Plätzen im europäischen Vergleich – Tendenz sinkend.

Der Bundesverkehrsminister selbst fordert 14 Milliarden vom Finanzminister, um die nötigen Verkehrsprojekte aus dem Bundesverkehrswegeplan umzusetzen. Im Verkehrsausschuss haben Sie erklärt, dass die Mittelbindung durch laufende Vorhaben in den nächsten Jahren grundsätzlich keine Neubeginne erlaubt. Was wollen sie denn da den Berlinern nehmen? Im Straßenbauplan 2012 ist die A 100

nicht enthalten. Sorgen Sie dafür und setzen sie sich dafür ein, dass die Infrastrukturmittel im Bundeshaushalt eingestellt werden und Berlin zur Verfügung stehen.

Anstatt verkehrspolitische Verantwortung zu übernehmen und Gespräche zu führen, über Alternativen nachzudenken, die umweltpolitische und verkehrspolitische Lösungen darstellen und vielleicht auch noch den Finanzminister erfreuen, verweigert sich der Bundesverkehrsminister.

Es fehlen der Bundesregierung klare Mobilitätskonzepte. Die Arbeit an pragmatischen Lösungen ist notwendig, um beispielsweise Verkehre aus dem städtischen Milieu mit all den anfallenden Belastungen, von Stau, Lärm bis hin zu Feinstaub, herauszuführen. Der Bundesminister ruft nur nach mehr Geld und einer PKW-Maut oder streicht Projekte. Das ist keine Bundesverkehrspolitik! Fangen sie endlich mit Fachpolitik an! Handeln sie nach Recht und Gesetz! Akzeptieren sie das Ergebnis von Berlin und führen sie lösungsorientierte Gespräche!